

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hoffe, Sie erlauben mir, dass ich – bevor ich mit meiner Rede beginne – Sie fotografiere. Ich habe meinen facebook-Freunden das Foto versprechen müssen. Ich habe den Verdacht, sie glauben mir sonst nicht, dass ich wirklich hier gesprochen habe.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe, wie mir sehr nachdrücklich gesagt wurde, zehn Minuten Redezeit. Das ist sehr kurz, gemessen daran, was alles gesagt werden muss – aber zehn Minuten sind andererseits auch sehr lange, wenn man bedenkt, dass es fünf vor zwölf ist. Denn das europäische Projekt befindet sich, sachlich betrachtet, an der Kippe. Allerdings besteht dennoch kein Anlass für Alarmismus: Wir wissen vom großen Historiker Theodor Mommsen, dass nach dem Untergang Roms Jahrzehnte vergingen, bis die Römer begriffen haben, dass sie untergegangen sind. Es wird also, selbst wenn ich meine Redezeit dramatisch überziehe, was ich aber nicht vorhabe, und erst recht, wenn Sie und wir alle noch jahrelang reden oder schweigen, auch zehn nach zwölf „business as usual“ geben, ganz einfach, weil es über alle Epochenbrüche hinweg immer business gab, das ist es, was usual ist, erst recht heute, da man sich darauf verständigt hat, dass es ein „Spiel“ ist, und das ist es doch, sonst würden wir nicht diejenigen, die den Reichtum der Welt heute abschöpfen, „global player“ nennen.

Aber lassen wir die Schnörkel! Noch neun Minuten!

Alles, was ich im Folgenden sagen werde, ist also notwendig verkürzt. Leider besteht der Europa-Diskurs seit geraumer Zeit bloß aus Verkürzungen, allerdings aus nicht notwendigen, die Frage ist jetzt über kurz oder lang, ob die Notwendig macht.

Warum ist das europäische Projekt gefährdet? Ich brauche zwei Minuten, um zunächst einmal in Erinnerung zu rufen, was die Europäische Gemeinschaft und schließlich die Europäische Union sein sollte.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte der europäische Nationalismus zu zwei verheerenden Weltkriegen und zum größten Menschheitsverbrechen, zu Auschwitz, geführt. Aus diesen Erfahrungen musste eine Lehre gezogen werden, dies sollte nie wieder geschehen können. Die Frage war, wie es gelingen könne, die verfeindeten Nationen nachhaltig auszusöhnen und den Nationalismus zu überwinden, so dass ein friedliches und freies Zusammenleben auf diesem geschichtsverwüsteten Kontinent möglich wird.

Die Gründerväter des Vereinten Europa hatten die Idee, die Ökonomien der Nationalstaaten so zu verflechten, dass ein System wechselseitiger Abhängigkeiten und schließlich eine Partnerschaft auf der Basis gemeinsamer Interessen entsteht, die nationale Sonderwege, die sich historisch als gemeingefährliche Irrwege erwiesen haben, verunmöglicht.

Es begann bekanntlich mit der Kohle und Stahl Union – warum? Kohle und Stahl sind kriegswichtige Güter, zugleich waren sie Anfang der 50er-Jahre maßgebliche Produktionsfaktoren für den Wirtschaftsaufschwung. Sie zu vergemeinschaften und einer gemeinsamen Kontrolle zu unterwerfen, sollte den innereuropäischen Frieden sichern und ein gemeinsames Prosperieren gewährleisten. Mit der Gründung einer Hohen Behörde, die gemeinsame Regelungen für die Mitgliedstaaten dieser Union treffen konnte, war die erste supranationale Organisation geschaffen und die nachnationale Entwicklung eingeleitet.

Es war damals perspektivisch klar, und diese Einsicht muss klar bleiben, auch wenn sie heute in Vergessenheit zu geraten droht: Der Nationalismus, mit dem auf unserem Kontinent die schrecklichsten Erfahrungen gemacht worden waren, kann nur an der Wurzel beseitigt werden, das heißt, letztlich durch die Überwindung des Nationalstaats.

Noch sieben Minuten.

Die Überwindung des Nationalstaats ist eine zähe Angelegenheit. Es zeigte sich, dass sie nur in kleinen Schritten erfolgen kann. Und weitere kleine Schritte wurden beharrlich gesetzt. Ökonomisch durch die immer konse-

quentere Verflechtung der Volkswirtschaften, den freien Kapitalverkehr und den gemeinsamen Markt, organisatorisch durch den Ausbau der supranationalen europäischen Institutionen.

Lange Zeit wurde diese Entwicklung in der öffentlichen Wahrnehmung als vernünftig und faszinierend angesehen, und schließlich als so geschichtsmächtig, dass eine Umkehr unvorstellbar schien. Aber die Stimmung ist bekanntlich gekippt.

Die Nationen haben zwar weitgehend Souveränitätsrechte an die supranationalen europäischen Institutionen abgetreten, aber der Nationalismus lebt in den Mitgliedsstaaten neu auf. Der historische Basiskonsens der Europäischen Union, dass die Überwindung des Nationalismus notwendig, dass das Vorantreiben der nachnationalen Entwicklung vernünftig ist, ist selbst den politischen Eliten in Europa heute zum Teil abhanden gekommen, und dadurch ist das Projekt in den Grundfesten gefährdet.

Ich brauche jetzt zwei Minuten, um darauf hinzuweisen, dass der neue Nationalismus nicht bloß von gestrigen Rechtspopulisten getrommelt wird, die bedauerlicherweise immer mehr Zulauf haben. Der neue Nationalismus ist vielmehr eine Bedrohung, die von der so genannten Mitte der Gesellschaften der Mitgliedstaaten ausgeht. So lange das nicht erkannt ist, wird man keine Antwort auf die gegenwärtigen Probleme der Europäischen Union finden, im Gegenteil, dann ist der Kollaps vorprogrammiert.

Denn das Problem ist ja nicht, dass die nationalistischen Parteien von den „Wahren Finnen“ bis zu den „Österreicher Zuerst!-Österreichern“ aus irgendwelchen Gründen für viele Wähler überzeugender sind als die staatstragenden bürgerlichen beziehungsweise sozialdemokratischen Parteien, die noch die Regierungen der meisten europäischen Staaten bilden. Das Problem ist vielmehr, dass die nationalistischen Parteien und die Regierungsparteien der sogenannten Mitte eine Überzeugung teilen, nämlich, dass die nationale Karte eine Trumpfkarte ist, wenn es um innenpolitische Legitimation geht. Die nationalen Rechten überzeugen nicht, sie holen bloß die Überzeugten ab, und überzeugt wurden sie längst schon von ihren Regierungen.

Die Regierungschefs und Minister, die regelmäßig nach Brüssel fliegen und im Europäischen Rat europäische Entscheidungen treffen, streifen bekanntlich schon während des Heimflugs den Europäer ab, setzen sich die nationale Clownsmaske auf und berichten, wie großartig sie gegen die „böse EU“ die nationalen Interessen verteidigt, was sie gegen die Zumutungen der „Großen da draußen“ verhindert, und was sie gegen die Widerstände der „Bürokraten in Brüssel“ für das eigene Land durchgesetzt haben.

Die Botschaft ist, wir sind zwar Mitglied der Europäischen Union, das muss irgendwann einmal ein historischer Unfall, zumindest ein so blöder Sachzwang gewesen sein, aber wir, die Regierung, kämpfen darum, dass „uns“ in unserer kuscheligen Nation das nicht zu Schaden gereicht!

Das passiert in allen Mitgliedstaaten, und man wundert sich, dass es überhaupt noch eine Gemeinschaft gibt bei so vielen national durchgesetzten Sonderregelungen und Ausnahmen und angesichts der Tatsache, dass es immer wieder unmöglich ist, brennende gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen.

Das Problem der Europapolitik heute ist, dass sie nur noch als nationalistische Mimikry auftritt, der gegenüber sich die nationalpopulistischen Parteien nicht in Opposition befinden, sondern bloß ihr Lautsprecher sind.

Ich habe nur noch vier Minuten.

Ich komme zum Punkt. Hier zeigt sich, dass die Krise des europäischen Projektes Produkt einer politischen Schizophrenie ist, die, weil es zunächst gar nicht anders denkbar war, leider auch institutionell verankert wurde. Um die nachnationale Entwicklung zu beginnen und voranzutreiben, mussten ja zunächst einmal die Nationen in die Gemeinschaft eintreten. Das konnten, demokratisch legitimiert, nur die nationalen Regierungen tun, und sie schufen sich in der Gemeinschaft eine supranationale Institution, den Europäischen Rat.

Der Beitritt bedeutete die weitgehende Preisgabe nationaler Souveränität. Aber im Rat sehen die nationalen Regierungen es wieder als ihre Aufgabe

an, die nationale Souveränität zu verteidigen. Der Rat kann also jetzt nur behindern, was er der Idee nach befördern sollte: die Überwindung des Nationalismus. Denn solange es weiterhin nationale Regierungen gibt, die ihre Legitimation durch nationale Wahlen erhalten, solange bleibt in Europa der Nationalismus eine Lebensversicherung der politischen Eliten schlechthin, und so lange muss die Verteidigung nationaler Interessen in der supranationalen Institution Europäischer Rat zur Aufhebung der Idee führen und zur Dauerblockade des nachnationalen Prozesses.

Man könnte jetzt fragen: Was ist gegen die Verteidigung nationaler Interessen einzuwenden? Dazu nur ein Satz: Es kann, und dazu bräuchte es gar nicht unserer historischen Erfahrungen mit den Auswirkungen des Nationalismus, in grundsätzlichen Menschheits- und Gesellschaftsfragen keine vernünftigen „nationalen Interessen“ geben, so wie es etwa auch bei den Menschenrechten keine nationalen Sonderrechte geben darf.

Man könnte jetzt auch die Frage stellen, ob ein nachnationaler Kontinent, der sich immer deutlicher als eine „bloße“ Wirtschaftsgemeinschaft zeigt, den Menschen mit ihren vielfältigen Sehnsüchten, Ansprüchen, Hoffnungen und Ideen, die doch alle irgendwo kulturell verwurzelt sind, Heimat und Identität geben kann?

Ist das nachnationale Europa nicht bloß ein Europa des Kapitals, das eben seine nationalen Fesseln gesprengt hat, und nicht ein Europa der Menschen und ihrer Kulturen? Ja, „Das Kapital“, das sollte man wieder einmal lesen!

Zur Beantwortung dieser Frage eine Minute:

Die Europäische Union war nie eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft, denn sie ging von Anfang an von einer sozialen und gesellschaftlich vernünftigen Idee aus, diesen Kontinent, nach den traumatischen Erfahrungen mit Nationalismus und Krieg zu befrieden und Freiheit, Rechtszustand und Wohlstand zu gewährleisten.

Das war und bleibt eine Idee, die nicht unmittelbar von Kapitallogik und Verwertungsinteressen abgeleitet werden kann. Aber die Europäische Union

war auch nie bloß ein luftiges utopisches Projekt, denn es war von Anfang an in der ökonomischen Realität geerdet. Das ist ihr Vernunftgrund. Denn die Linken wissen seit Marx, dass die Ökonomie die Basis ist, und die Rechten sagen streng antimarxistisch „It’s the economy – stupid!“ Ach wenn nur in allen Fragen eine solche Einigkeit bestünde!

Das Problem der EU ist also nicht, dass sie in ihrer Basis ein Wirtschaftsprojekt ist – denn es gibt keine andere Basis, und es gibt keine andere Ökonomie, als die, die die Menschen für sich beschließen, und die Produktivkräfte werden im Übrigen dafür sorgen, dass sich Vieles ändert, worüber noch Einigkeit zu bestehen scheint –, das Problem ist vielmehr, dass die Idee, die dieser Wirtschaftsgemeinschaft zu Grunde liegt, und die heute der schöne Baldachin dieser Gemeinschaft sein sollte, in Vergessenheit geriet und von einem Nationalismus verdrängt wird, der durch die Konstruktion der Europäischen Union, nämlich durch den Rat, durch diese Blockade zwischen Europäischer Kommission und dem Europäischen Parlament sogar noch befördert wird.

Ich komme jetzt ins Gedränge, es gäbe so viel zu sagen. Ich habe jetzt noch zwei Minuten, um einen Vorschlag zu machen, wie diese Aporie aufzubrechen wäre, dass die Europäische Union institutionell eine nachnationale Entwicklung vorantreiben soll, dabei aber Nationalismen mitproduziert, die das Projekt immer mehr gefährden.

Ich habe jetzt in der verbleibenden Zeit keine Chance, ich sage Ihnen – ganz verkürzt – meinen Vorschlag, ohne ihn ausführlich verteidigen zu können. Sie werden ihn als absurd zurückweisen, ich werde einmal sagen können, ich habe es gesagt. So ist uns beiden gedient, Ihnen heute, mir morgen!

Das Problem ist eindeutig das Modell der nationalen Demokratie. Irgendwann, hoffentlich bald, wird es einen neuen Monnet geben müssen, der die Kühnheit und die Konsequenz hat, diese Utopie zu betreiben und durchzusetzen, nämlich ihre Abschaffung! Die Demokratie, wie wir sie kennen, und die wir nicht einmal erkämpft haben, sondern die uns geschenkt wurde, und die wir seither mehr schlecht als recht eingeübt haben, ist ein Modell

des 19. Jahrhunderts zur Organisation von Nationalstaaten. Auch wenn Sie es sich heute nicht vorstellen können, aber wir werden im 21. Jahrhundert das 19. Jahrhundert endlich überwinden müssen – oder wir werden in das 19. Jahrhundert politisch zurückfallen, allerdings am Stand der Produktivkräfte des 21. Jahrhunderts, und das wäre gemeingefährlich!

Es kann auf Dauer kein supranationales Europa auf der Basis nationaler Demokratien geben. Wir müssen Demokratie neu erfinden, wir müssen eine supranationale Demokratie entwickeln, wir glauben bloß, dass das nicht notwendig ist, weil wir ja „unsere Demokratie“ haben und nicht gelernt haben, so wie die Gründerväter Europas in Epochenbrüchen oder über Epochen hinaus zu denken.

Noch eine Minute!

Ich habe eine Frohbotschaft für Sie! Im Grunde ist die Lösung schon im Europäischen Verfassungsvertrag festgeschrieben in der Formulierung „Europa der Regionen“. Die Regionen sind der Reichtum dieses Kontinents, die Nationen aber sind historisch erschöpfte Identitätsphantasien und die zu überwindende Bedrohung.

Europa braucht eine kompetente Verwaltung, das ist die Kommission, und Europa braucht ein Parlament, bei dem Wahlmodus und Kompetenzen wohl neu diskutiert werden müssen, aber was schnellstmöglich abgeschafft werden muss, ist der Rat, diese Verteidigungsburg des Nationalismus im Inneren des Gefüges des nachnationalen Europa.

Sie sagen, das ist utopisch? Ich wollte Ihnen in Erinnerung rufen, dass das Projekt von Anbeginn eine konkrete Utopie war. Wenn diese Utopie in Trümmern liegt, werden Sie sich vor den rauchenden Trümmern schwer tun mit dem historischen Betroffenheitssatz „Das soll nie wieder geschehen dürfen!“, denn dann wird er nämlich Höllengelächter auslösen.

Die konsequente Fortsetzung des europäischen Projekts, also des Friedens- und Wohlstandsprojektes in wachsender Demokratie, kann nur in einer politischen Aufwertung der Regionen, in einer Stärkung der Länder be-

stehen und einem Zurückdrängen des Bundes beziehungsweise der nationalen Repräsentation, und nicht umgekehrt, wie blinde und phantasielose „Staatsreformer“ träumen und immer wieder fordern, und perspektivisch in einer Abschaffung des Rats, dieses Statthalters des Nationalismus in der Europäischen Union.

Sie müssen sich entscheiden, wollen Sie eintreten für ein demokratisches Europa der Regionen, oder wollen Sie nur in Sonntagsreden „Europa, Europa, Europa“ sagen und Ihr persönliches Heil in der nationalen Politik suchen? Sie müssen sich bald entscheiden!

Das waren jetzt zehn Minuten: neun – acht – sieben – sechs – fünf – vier – drei – zwei – eins. Und jetzt beginnt Ihr Countdown!

Dankeschön!

(Applaus)





